



WEIHNACHTSBRIEF

Volkmar Halbleib

für Mainfranken im Bayerischen Landtag

DEZEMBER 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

ein bewegtes Jahr neigt sich langsam dem Ende zu. 2022 war sicherlich kein einfaches Jahr, denn trotz einer sich langsam entspannenden Lage bezüglich Corona, hat der Krieg in der Ukraine unter anderem zu einer schwierigen Energielage und damit verbunden auch vielen weiteren weiteren Problemen geführt. Durch die enge Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene haben wir uns den Herausforderungen gestellt und mit verschiedenen Maßnahmen die Menschen dort versucht zu entlasten, wo es möglich war und bei der Staatsregierung stets mit kritischem Blick an den notwendigen Stellen interveniert.



Über meinen Einsatz im letzten Quartal 2022, die bevorstehenden Aufgaben im neuen Jahr 2023, aber auch über positive Ereignisse und erzielte Erfolge möchte ich mit meinem Weihnachtsbrief informieren.

Ich wünsche Ihnen und euch eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und natürlich viel Gesundheit!

Ihr und Euer

Volkmar Halbleib

ANSCHUBFÖRDERUNG FÜR START DES CAE WÜRZBURG

In einem Gespräch mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Landtag Patrick Friedl die Zusicherung bekommen, dass die Energieforschung in Würzburg für die nächsten zwei Jahre gesichert ist. In den Jahren 2023 und 2024 gibt es eine Anschubfinanzierung für den Start des künftigen CAE (Center for Applied Energy Research) in Nachfolge des bisherigen Zentrums für Angewandte Energieforschung (ZAE) in Würzburg. Damit ist die Gefahr einer Zerschlagung dieser wichtigen Einrichtung zunächst gebannt.



Wir sehen darin eine Zukunftsperspektive, die aber bis Ende 2024 noch auf ihre Tragfähigkeit überprüft werden muss. Eine stärkere technische und personelle Kooperation mit der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt ist der Schlüssel für die dauerhafte Existenzsicherung für die weit über Unterfranken hinaus bedeutsame Energieforschungsinstitution. Ein wichtiger Schritt ist dabei eine Lösung für die Übernahme von Betriebskosten für das ZAE-Gebäude am Hubland. Hier erwarte ich zeitnah einen abgestimmten Vorschlag von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium. Ich bleibe aber dran, dass das Wissenschaftsministerium seine Verantwortung für den Energieforschungsstandort Würzburg nicht nur erkennt, sondern auch eine stärkere Kooperation mit der Technischen Hochschule finanziell angemessen unterstützt. Dafür ist aus meiner Perspektive der jetzt auch durch Druck aus der Region erreichte Zwischenschritt aber eine wichtige Grundlage.

RÜCKBLICK: WICHTIGE THEMEN IM JAHR 2022

2022 haben uns viele wichtige Themen bewegt. Zum Jahresanfang haben uns noch Auflagen bezüglich Corona beschäftigt. Bei all der berechtigten Vorsicht hat die Staatsregierung den **Kulturbereich** lange Zeit vernachlässigt und gegenüber anderen Bereichen benachteiligt. Die von der Söder auferlegte Reduzierung der Zuschauerplätze auf 25 Prozent während es in der Gastronomie keine Begrenzungen gab, hat **viele Kulturschaffende** vor große Schwierigkeiten gestellt. Gegen Ende Januar kam die Staatsregierung meiner wochenlang erhobenen Forderung nach, die zulässigen Plätze bei Kulturveranstaltungen von 25% auf 50 % zu erhöhen. Das hat zu lange gedauert und hat außerdem auch gezeigt, dass Söder leider nach wie vor nicht versteht, worum es den Kulturschaffenden geht!



Einen schönen Erfolg konnte ich dieses Jahr gemeinsam mit Kollegen beim **Schwarzen Moor** in der Rhön erzielen. Nach Druck auf die Staatsregierung durch u.a. eine parlamentarische Anfrage kann die Rettung des Schwarzen Moores, dessen Erhalt durch den Klimawandel bedroht ist, nach längerem Zögern von Söder endlich Anfang 2023 beginnen! Ein wichtiger Erfolg der unterfränkischen Opposition im Landtag, denn das Moor ist nicht nur eine herausragende Naturlandschaft der Region, sondern durch die Fähigkeit CO₂ zu speichern, auch zur Bekämpfung des Klimawandels unerlässlich.

Seit Februar sehen wir uns mit der humanitären Herausforderung des Ukrainekrieges konfrontiert. Der Konflikt beeinflusst auch die Entwicklung der Energiepreise und die wirtschaftlichen Perspektiven der Arbeitnehmenden. Es geht hier aus meiner Sicht akut um den **Erhalt der Industrie- und Produktionsstandorte**, die aktuelle Situation darf nicht für Verlagerungen von Arbeitsplätzen ausgenutzt werden. Hier werden wir an der Seite von Gewerkschaften und Arbeitnehmern um die Arbeitsplätze kämpfen. Zudem steht das wirtschaftliche Geschäftsmodell der BRD durch die Energiekrise und die Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen vor großen Veränderungen. Diesen Wandel können wir erfolgreich gestalten, wenn wir unser technologisches Potential nutzen, die Sozialpartnerschaft als zentralen Erfolgsfaktor sehen und dafür sorgen, dass alle die wirtschaftlichen Auswirkungen gut verkraften können und notwendige Unterstützung erhalten.

Als Landtagsfraktion haben wir dieses Jahr auch zum **unterfränkischen Forum für Betriebs- und Personalrät*innen** eingeladen und durch Panels den Dialog gesucht. Wir haben viele wichtige und unterschiedliche Themen der Arbeitnehmendenvertretung diskutiert und nehmen davon auch einiges mit in unsere politische Arbeit. Dass die Veranstaltung so gut angenommen wurde zeigt, dass es in der heutigen Arbeitswelt von Home-Office bis hin zu betrieblicher Mitbestimmung und Datenschutz im Zeitalter von Algorithmen einiges an Gesprächsstoff gibt.



Nach wie vor ist die **Wassersituation in Mainfranken** kritisch. Das hat sich heuer insbesondere bei der Problematik der Bergtheimer Mulde wieder gezeigt. Ein Mainpostbericht hat einen möglichen Betrug und fehlende Kontrollen bei der Entnahme von Wasser aufgezeigt. Die Wasserproblematik spitzt sich dort seit Jahren zu und zeigt leider den fehlenden Willen der Staatsregierung für Konsequenzen beim Schutz des Grund- und Trinkwassers zu sorgen - und das in einer so trockenen Region wie unserer! In einem Schreiben habe ich den zuständigen Ressortminister Glauber daher dazu aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz des Wassers zu gewährleisten.

UNZUREICHENDE BEACHTUNG DER UNTERFRÄNKISCHEN ÖPNV-PROJEKTE



ÖPNV-Projekte in der Fläche in Bayern werden nicht gebührend beachtet, insbesondere in Unterfranken. In der Antwort der Staatsregierung auf meine parlamentarische Anfrage gab es weder ein klares Bekenntnis zur geplanten Regio-S-Bahn in Mainfranken, noch eine Zusage zum Einsetzen von Landesmitteln gibt, für den barrierefreien Umbau weiterer Bahnhöfe in Unterfranken.

Ich wollte in einer Landtagsanfrage wissen, welche konkreten Verbesserungsziele für den Ausbau des ÖPNV und des SPNV in den bayerischen Regionen die Staatsregierung bis einschließlich 2030 unterstützt.

Ganz besonders wollte ich wissen, welchen Stellenwert die Realisierung der unterfränkischen Projekte für die Staatsregierung haben, wie beispielsweise die Straßenbahnlinie 6 in Würzburg, die Mainschleifenbahn, die Umsetzung des Regio-S-Bahn-Konzeptes und die Barrierefreiheit der Bahnhöfe, wie etwa den in Ochsenfurt. Die Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ist völlig unbefriedigend. Die Staatsregierung zeigt geringes Interesse an wichtigen Projekten für die Region. Insbesondere gibt die Staatsregierung keine klare Zusage für die Infrastruktur-Förderung der Mainschleifenbahn, für die Erweiterung der Würzburger Straßenbahn (Linie 6), oder die geplante Regio-S-Bahn in Mainfranken und der barrierefreie Umbau der Bahnhöfe in Unterfranken. Argumentativ beruft sich die Staatsregierung allein darauf, dass bei der 2. Stammstrecke in München die Milliardenkosten explodieren und dadurch Landesmittel viel länger, bis 2037, gebunden sind.

Das kann ich als mainfränkischer Abgeordneter so natürlich nicht akzeptieren. Der Freistaat muss ÖPNV-Projekte in Franken ebenso engagiert anpacken, die Schiefelage bei den ÖPNV-Projekten in Bayern beenden und endlich klare Zusagen für die Verbesserung der Bus- und Bahn-Infrastruktur in den Regionen machen.

VIELE HERAUSFORDERUNGEN BEI HAUSÄRZTEN

Gemeinsam mit Sabine Dittmar, MdB und Alexander Kolbow haben wir die Praxis von Dr. Eva-Maria Distler zu einem Gespräch über die Herausforderungen von Hausärzt:innen besucht. Immer weniger Hausärzt:innen lassen sich nieder - woran liegt das? Vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch die bislang geltenden Vertretungsvorgaben insbesondere für Frauen nicht immer gegeben. Hier sollen künftig Verbesserungen auf den Weg gebracht werden, die für Erleichterung sorgen. Auch im Bereich der medizinischen Versorgung auf dem Land hat sich was getan: durch die Landarztquote bekommen junge Menschen, die ansonsten durch die hohe NC-Zugangsbeschränkung abgewiesen worden wären, einen Medizinstudienplatz, wenn sie sich gleichzeitig dazu verpflichten, nach dem Abschluss für mindestens 10 Jahre in Gebieten zu arbeiten, in denen Bedarf an Ärzten besteht.



VERLEIHUNG DES BAYERISCHEN POPKULTURPREISES



Am 30.11. wurde der bayerische Popkulturspreis verliehen! Es freut mich sehr, dass der Verband für Popkultur in Bayern e.V. meinem Vorschlag gefolgt ist und Ralf Duggen für sein Lebenswerk, das Umsonst & Draussen und sein Engagement im Dachverband der freien Würzburger Kulturträger mit diesem wichtigen Kulturpreis in der Kategorie Pop-Raute ausgezeichnet hat. Ich danke Ralf Duggen für seinen unermüdlichen und langjährigen Einsatz in der freien Kulturszene und in der Popkultur. In der Kategorie Club des Jahres hat sich die Jury für den Stadtbahnhof aus Schweinfurt entschieden, der sich seit

vielen Jahren als Treffpunkt und Erlebnisort für Musik und Kultur bei Jugendlichen hervorgerufen hat. Auch das Festival „Ab geht die Lutz“ aus dem Landkreis Bad Kissingen wurde in der Kategorie Soziale Nachhaltigkeit



ausgezeichnet. Das Festival hat durch ein mustergültiges barrierefreies Open Air einen großen Beitrag zur kulturellen Inklusion geleistet. Ich möchte den drei Preisträgern gratulieren und mich für die wichtigen Verdienste im Bereich Kultur danken!

SPD WILL DIE FREIE KUNSTSZENE BESSER FÖRDERN

Aus dem bayerischen Kulturleben ist sie längst nicht mehr wegzudenken: die Freie Szene, die zusätzlich zu den etablierten Institutionen wie staatlicher oder kommunaler Theater und Museen das breite künstlerische Angebot im Freistaat sicherstellt. In den bestehenden Kulturförderprogrammen aber kommt die Freie Szene trotz ihrer dynamischen Entwicklung kaum vor – was die SPD unbedingt ändern will. Als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion habe ich mich in den Haushaltsberatungen 2022 für ein bayernweites Strukturförderprogramm für diesen bedeutenden Bereich des Kulturlebens eingesetzt, denn die Förderung der Freien Kulturszene braucht in Bayern dringend ein stärkeres Gewicht. Ein guter Schritt in diese Richtung ist die am 28.11.2022 erfolgte Konstituierung der Ständigen Konferenz für Kunst und Kultur. Mit dieser alle Kunstformen umfassenden Interessensvertretung von Kulturschaffenden aller Sparten spricht die Freie Szene künftig mit einer Stimme und kann so ihre Forderungen und Wünsche wirkungsvoll vertreten. Das ist ganz im Sinne der SPD, die sich seit langem für eine stärkere Förderung nicht nur der Freien Szene, sondern auch der Kulturverbände eingesetzt hat. Unsere Künstlerinnen und Künstler benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, um ihre kreative Arbeit weiterhin so vielfältig und qualitativ beeindruckend leisten zu können. Wie wichtig stabile Förderbedingungen sind, hat sich in der Corona-Krise gezeigt, als Veranstaltungen eingeschränkt oder ganz abgesagt wurden und zahlreiche Kulturrorte über einen längeren Zeitraum hinweg geschlossen waren.



EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Im November haben wir als SPD im Landkreis Würzburg beim Ehrennachmittag mehrere verdiente Genoss*innen mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Verliehen wurde diese Auszeichnung an fünf ehemalige bzw. aktive Ortsvereinsvorsitzende: Luise Then (Kleinrinderfeld), Ingrid Stryjski (Ochsenfurt), Otto Rüger (Kürnach), Richard Ott (Randersacker) und Werner Stadler (Margetshöchheim). Darüber hinaus haben wir zusammen mit dem Ortsverein Reichenberg den ehemaligen Landtagsabgeordneten Gerhard Hartmann gewürdigt. Ich danke allen geehrten Genoss*in-

nen für ihr langjähriges Engagement und ihren tatkräftigen Einsatz!



SUDETENDEUTSCHES MUSEUM



Erstmals hat das neue Sudetendeutsche Museum in München mit den sudetendeutschen Dialogen eine große zweitägige Konferenz veranstaltet. Im Mittelpunkt standen die ethnische Minderheiten und Volksgruppen Europas - beileibe kein Thema der Vergangenheit, sondern eine Aufgabe und Herausforderung für das 21. Jahrhundert in Europa und weltweit. Hier mit (von links nach rechts) mit Museumsdirektor Dr. Stefan Planker, Prof. Dr. Otfried Kotzian, Christina Bogusz vom Sorbi-

EHEMALIGE FÜHRUNGSKRÄFTE DER FEUERWEHR ZU BESUCH IM LANDTAG

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Informationsfahrt in das Feuerwehrheim Bayerisch Gmain besuchte eine Feuerwehr-Reisegruppe aus dem Landkreis Würzburg den Bayerischen Landtag. Der frühere Kreisbrandinspektor Alois Schimmer hatte die Stippvisite ins Maximilianeum angeregt, ich habe sehr gerne die Organisation in die Hand genommen. Im historischen Senatssaal des Landtags nutzte ich mit meinen Kollegen aus dem Landkreis, Kerstin Celina und Manfred Ländner, die Gelegenheit für einen Austausch mit den ehemaligen Führungsdienstgraden und Kommandanten, überwiegend aus den Abschnitten Süd und Mitte des Landkreises Würzburg. Auch Landtagspräsidentin Ilse Aigner begrüßte die engagierten ehrenamtlichen Kräfte und bedankte sich für deren langjährigen Einsatz. Nach einem gemeinsamen Besuch im benachbarten Hofbräukeller setzten die Feuerwehrler ihre Reise fort.



FRAUENEMPFANG: GUT VERNETZT WEITERE SCHRITTE ANGEHEN UND RÜCKSCHRITT VERHINDERN

Unter dem Motto „Wir wollen uns vernetzen“, haben die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Simone Strohmayr und ich, am zweiten Adventssamstag interessierte Frauen zum Frauenfrühstück in die Bürgerspitalstuben eingeladen. Diese Vernetzung untereinander ist auch dringend nötig, da waren sich alle Beteiligten einig, denn in den Worten meiner Kollegin Simone Strohmayr: „Wir haben zwar schon einiges erreicht. Trotzdem gibt es noch viel zu tun“.



Wenn man genau hinschaut, bei der Altersarmut von Frauen, bei der Ausgestaltung der Kinderbetreuung, beim Schutz vor Männergewalt, bei der Parität in politischen Gremien und in Organisationen des vopolitischen Raums oder der Wirkkraft des Gleichstellungsgesetzes, sind überall wichtige erste Schritte getan. Aber Simone Strohmayr stellt auch klar: "Das Erreichte ist kein Selbstläufer. Wenn wir nicht dranbleiben, kann es sehr schnell passieren, dass sich das Rad wieder nach hinten dreht, statt weiter voran." So sei beispielsweise die Frauenquote im Parlament von über 30 Prozent mittlerweile wieder gesunken auf gerade mal 26 Prozent. Wie dick die Bretter sind, die in Sachen Gleichstellungs- und Frauenpolitik manchmal zu bohren sind, wurde bei der lebhaften Diskussion über ausreichende Frauenhausplätze deutlich. Kaum auszuhalten ist laut Strohmayr, dass seit Jahren bekannt und wissenschaftlich belegt ist, dass im Freistaat 100 Plätze fehlen. Trotzdem wurden seitdem erst 15 neu geschaffen .

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Carmen Schiller, und Dr. Anke Claus, Vorsitzende des Sozialdienst katholischer Frauen in Würzburg, der sich in der Region die Verantwortung für die Frauenhäuser mit der Arbeiterwohlfahrt teilt, berichteten in diesem Zusammenhang vom Hin und Her bezüglich des geplanten Frauenhauses im Landkreis. Allerdings gibt es Hoffnung, das neue Konzept eines Frauenhauses mit bekannter Adresse, kombiniert mit sogenannten „Second-Stage-Wohnungen“ an einem anderen Standort als bisher vorgesehen doch noch umzusetzen. Second-Stage-Wohnungen sind gedacht für von Gewalterfahrungen betroffene Frauen und Kinder, die bereit sind für den Auszug aus dem Frauenhaus.



Noch schlechter als bei der Frauenquote im Landtag sieht es beim Gleichstellungsgesetz aus, das im gesamten Freistaat nicht mal zu 20 Prozent umgesetzt werde. Und selbst da, wo es entsprechende Stellen gebe, fehlt einiges, um erfolgreich arbeiten zu können, wie etwa eine konkrete Aufgabenbeschreibung, ein Budget oder Mittel und Ressourcen für die notwendige Öffentlichkeitsarbeit. Um diese und weitere Themen, wie beispielsweise die schwierige Situation in der Kinderbetreuung, anzugehen, kamen die Teilnehmerinnen überein, den Vernetzungsgedanken aufzugreifen, um gemeinsam die unterschiedlichen Themenbereiche voranzutreiben. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Würzburger Frauen und Lore-Koerber-Becker, die Würzburger SPD-Kandidatin für den Bezirkstag betonten: „Dazu brauchen wir Euch alle – aber auch viele Männer, die uns unterstützen“.

FACHGESPRÄCH: DIE GENERATION Z UND DER LEHRERMANGEL IM FREISTAAT

Der Lehrermangel an den Schulen auch im Freistaat Bayern ist nicht mehr zu leugnen. Bei einem schulpolitischen Fachgespräch bin ich gemeinsam mit meiner Kollegin der bildungspolitischen Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, Simone Strohmayr im Fachleuten aus Lehrer- und Pädagogenverbänden sowie Schulleitungen, Lösungswege aus der Krise.

Für mich als Mitglied im Wissenschaftsausschuss des Landtags, steht fest, dass der Lehrermangel die Schnittstelle zwischen Schul- und Hochschulpolitik ist. Soll heißen, dem Mangel muss durch Änderungen von zwei Seiten begegnet werden: im Bereich der Ausbildung der Lehrer wie auch in der Gestaltung des Arbeitsplatzes der Pädagogen in den Schulen. Diskutiert wurde das Thema auf Grundlage einer Studie, in Auftrag gegeben von der SPD-Landtagsfraktion. Simone Strohmayr stellte die Forderungen der SPD vor, die aus den Handlungsempfehlungen des Gutachtens resultieren: gerechtere Bezahlung (A13-Einstiegsgehalt für Lehrer aller Schularten), flexiblere und mehr an der Praxis orientierte Lehrerausbildung (mit vorgeschalteten längerfristigen Praktika, Wahl der Schulart erst im Verlauf des Studiums), die Attraktivität des Berufes erhöhen durch Wahlmöglichkeit beim Referendariat, Abgabe fachfremder Aufgaben (Verwaltung, EDV etc.) und mehr multiprofessionelle Teams an Schulen, Abbau des gewaltigen Sanierungsstaus an Schulen, höhere Hochschulkapazitäten, ein neues regionales Staatsinstitut für die Fachlehrausbildung, Evaluation des Studiums bezogen auf die hohe Abbrecherquote sowie bessere Möglichkeiten der Bezahlung für Seiten- und Quereinsteiger.



Alles Forderungen, denen die Fachleute gerne zugestimmt haben. Allgemeiner Tenor war, dass es umfangreiche Neuerungen und einen großen Kraftakt aller Beteiligten brauche, um eine Veränderung herbeizuführen. Der derzeitige Kultusminister, Michael Piazzolo, habe sich bisher in dieser Hinsicht allerdings als zu durchsetzungsschwach erwiesen. „Die Generation Z“, so die Feststellung „tickt anders als frühere Generationen. Wichtiger als materielle Werte ist vielen die richtige Balance zwischen Arbeit und Privatleben. Wenn sie an eine Schule in einer Region geschickt werden, in der sie nicht leben möchten, dann verlassen sie den Freistaat oder den Lehrerberuf. Anderswo (in Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen) haben sie schließlich alle Möglichkeiten und können sich die Schule aussuchen“, wussten alle Beteiligten über mehrere solcher Fälle aus ihrem Umfeld zu berichten.

Auf diese Weise gehen dem Freistaat viele gut und teuer ausgebildete Menschen unnötigerweise verloren, so das Fazit. In Zeiten der Digitalisierung muss es doch andere Möglichkeiten geben als kurzfristige Versetzungsanweisungen und von Betroffenen ungewollte Verschickung. Denkbar sind auch Zusicherungen oder Absprachen für diejenigen, die ein Referendariat in einer unbeliebten Schule antreten („danach kannst Du Dir eine Region aussuchen“). Gegen das oft gehörte Argument, für die dringend notwendigen Sanierungen an Schulen seien keine Gelder im Haushalt vorgesehen, habe ich ein einfaches Gegenargument: Der Freistaat müsste lediglich klare Ziele formulieren, einen Sondertopf einrichten und einfach machen!

SPD-BUNDES-, LANDES- UND KOMMUNALPOLITIKER BEI FRANKENGUSS

Die Lage ist ernst für den Kitzinger Industriebetrieb „Frankenguss“. Die aktuellen Energiepreise und die unsicheren Perspektiven für die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren machen den Hersteller von Aluminium- und Eisengussstücken für die Automobilindustrie zu schaffen. Vor allem die hohen Strompreise werden zunehmend zur Belastung. Bei einem gemeinsamen Besuch mit meinem Kollegen aus dem Bundestag Markus Hümpfer und weiteren ausgewählten Personen der SPD haben wir uns vor Ort zur Lage erkundigt. Das Unternehmen benötigt derzeit pro Jahr etwa 100 Gigawatt Koks, das für die Schmelze von Stahlschrott notwendig ist, 50 Gigawatt Gas und 50 Gigawatt Strom. Der Geschäftsführer von Frankenguss Josef Ramthun erklärte die schwierige Situation und die Problematik um die aufeinanderfolgenden Krisen. Die Energiesituation sei wesentlich komplexer hätte stärkere Auswirkungen. Ohne Planungssicherheit könne nicht garantiert werden, dass das Unternehmen die Krise durchhalte. Unsere Delegation machte deutlich, dass der Erhalt des Industriestandorts Kitzingen und die Sicherung der 650 Arbeitsplätze bei Frankenguss ein zentrales Anliegen ist. MdB Markus Hümpfer erläuterte, wie der Strom- und Gaspreisdeckel, die der Bundestag aktuell beschließt, der Industrie und damit auch Frankenguss in Kitzingen zugutekommt. Ich habe signalisiert, die Anstrengungen von Frankenguss eine inklusives überbetriebliches Ausbildungszentrum am Standort Kitzingen zu etablieren, mit meiner Arbeit als Landtagsabgeordneter zu unterstützen, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Immerhin bildet das Unternehmen pro Jahr 12 junge Menschen aus und hat erst vor kurzem auch einen Preis des Bundeswirtschaftsministeriums für die Kooperation Wirtschaft und Schule erhalten.



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUM ZUKUNFTSMUSEUM BESCHLOSSEN - SPD SETZT AUF LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG

Die Untersuchungsausschüsse zum Zukunftsmuseum in Nürnberg und zur zweiten Stammstrecke in München können ihre Arbeit aufnehmen. Das Landtags-Plenum beschloss Mitte Dezember die Einsetzung der beiden jeweils elfköpfigen Gremien, die von der SPD gemeinsam mit Grünen und FDP initiiert wurden, sowie die dazugehörigen Fragenkataloge.

Als Mitglied des Untersuchungsausschusses zum Zukunftsmuseum in Nürnberg werde ich darauf hinwirken zu erfahren, warum bei dem Söder-Prestigeprojekt so vieles schiefgelaufen ist. Denn die bayerischen Bürgerinnen und Bürger müssen nun für ein sachwidriges Vorgehen der CSU-Verantwortlichen in Millionenhöhe bezahlen. Der Untersuchungsausschuss soll daher aufklären, welche Rolle Markus Söder und die Staatsregierung bei der für den Steuerzahler sehr kostspieligen Entstehung des Nürnberger Museums gespielt haben. Die Menschen in Bayern kommt diese Politik teuer zu stehen: Beim Museum war ursprünglich von einer Anschubfinanzierung von lediglich acht Millionen Euro die Rede - inzwischen beträgt der Kostenanteil des Freistaats mehr als 200 Millionen Euro. Das Geld fließt an einen Investor, der nachgewiesenermaßen Parteispenden für die CSU überwiesen hat. Transparente und saubere Politik sieht anders aus. Markus Söder muss erklären, warum er in Nürnberg zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger einen Investor durchgedrückt hat, der in seiner Partei Spenden überweist.

EHRENAMTSPREIS "ZEICHEN SETZEN"

Es war ein toller Abend für das Ehrenamt und für die Ehrenamtlichen in Mainfranken. 13 Ehrenamtsinitiativen haben sich für den Preis „Zeichen setzen“ von Mainpost und Lernwerk Volkensberg beworben. Ich hatte eine schöne persönliche Begegnung mit Schauspielerinnen Michaela May, der Patin des Ehrenamtspreises „Zeichen setzen“. Ihr Auftritt in Würzburg war ein wirklicher Mutmacher für lohnenswerten Einsatz für eine solidarische und mitfühlende Gesellschaft. Und zugleich ein Signal, dass trotz schwieriger Lebenssituationen Zuversicht und Mut über Resignation und Pessimismus die Oberhand behalten können. Glückwünsche von mir gehen an alle Preisträger: hAGUS Bad Kissingen (einer Selbsthilfe-Gruppe für von Suizid betroffene Angehörige), Sant Egidio Würzburg, Musik-Bahnhof Gädheim und die Ukraine-Hilfe von "Bad Brückenau hilft!". Danke auch an das Team des Kontakt-Raums aus meiner Heimatstadt Ochsenfurt (ein Gesprächsladen und ehrenamtliche Beratungsstelle der Caritas) stellvertretend für 9 weitere Initiativen des Wettbewerbs "Zeichen setzen".



KUNSTRAUB: SPD WILL BAYERNS MUSEEN SICHERER MACHEN

Nach dem Münzraub von Manching sieht die SPD erheblichen Klärungsbedarf. Schließlich war spätestens seit den Einbrüchen ins Berliner Bode-Museum und ins Grüne Gewölbe in Dresden klar, dass die Gefahren für wertvolle Sammlungen größer geworden sind. Die bisherigen Erkenntnisse zu den Sicherheitsmaßnahmen des Kelten-Römer-Museums offenbaren Defizite, die es eigentlich nicht mehr hätte geben dürfen. Als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion glaube ich, dass der zuständige Minister ganz offenkundig zu lange geruht hat, wenn er jetzt erst von einem Weckruf spricht. Da in Manching eine nach Aussage des Landeskriminalamts völlig veraltete Sicherheitstechnik im Einsatz war, liegt für mich der Verdacht nahe, dass die Staatsregierung die Bedrohungslage entweder falsch eingeschätzt oder aber es versäumt hat, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die SPD verlangt daher Aufklärung, ob die Sicherheitssysteme der staatlichen wie nichtstaatlichen Museen in Bayern nach den Einbrüchen in Berlin und Dresden überprüft wurden und welche Konsequenzen gegebenenfalls daraus gezogen wurden. Gibt es Konzepte, die die neue Bedrohungslage berücksichtigen, und war der Freistaat dazu bereit, Investitionen in neue Sicherheitstechnik finanziell zu unterstützen? Zudem wollen wir wissen, welche zusätzlichen Maßnahmen CSU und Freie Wähler nun auf den Weg bringen wollen, um Bayerns Kunstschatze zu bewahren. Unsere Kulturschatze sind unersetzlich. Sie müssen so gut wie möglich mit dem neuesten Stand der Technik, geschützt sein. Das war in Manching nicht der Fall.



INFORMATIONSBESUCH DER FREIEN UKRAINISCHEN UNIVERSITÄT

Die Freie Ukrainische Universität besteht seit über 100 Jahren, zunächst in Wien und Prag und nach dem 2. Weltkrieg in München. Bei meinem Informationsbesuch konnte ich mich bei Studierenden und den Verantwortlichen der Universität, allen voran Rektorin Prof. Dr. Maria Pryshlak, 3. v.l., über die aktuellen Herausforderungen informieren. Gerade jetzt muss der Freistaat die Hochschule besser finanziell unterstützen. Dafür werde ich mich mit der SPD-Landtagsfraktion auch bei den Haushaltsberatungen 2023 einsetzen.



1200 EURO FÜR BEDÜRFTIGE SPENDE STATT KARTEN

Dieses Jahr gibt es statt Weihnachtskarten jeweils 400 Euro an Spenden für drei lokale Hilfsorganisationen in der Region Mainfranken. Mit der Spende möchte ich auch meine Wertschätzung für die Arbeit der ehrenamtlich Engagierten ausdrücken. In unserem Sozialstaat gibt es leider immer wieder Lücken, die alle drei Organisationen mit großem Engagement und Leidenschaft versuchen zu schließen.

Bei der Bahnhofsmission soll das Geld vor allem in das Projekt „Mutmacher“ fließen. Speziell ausgebildete Fachkräfte stehen dabei für psychosoziale und seelsorgerische Gespräche zur Verfügung. Der Ochsenfurter Tafel nutzt die Summe für den geplanten Umzug in die neuen Räume, bei der Kulturtafel fließen die Gelder vor allem auch in den Versand von Büchern, der während der Corona-Krise als Ersatz für kulturelle Veranstaltungen neu entwickelt wurde.



MEINE FUNKTIONEN IM BAYERISCHEN LANDTAG

- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung
- Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
- Sprecher für Kultur und Denkmalschutz
- Sprecher für Vertriebene und Aussiedler
- Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung
- Mitglied im Landesdenkmalrat

MEIN BÜRGERBÜRO

Mein Bürgerbüro befindet sich im Hannsheinz-Bauer-Haus. Der Eingang ist im Innenhof.

Die Postanschrift lautet:

SPD-Bürgerbüro Würzburg
Semmelstraße 46R
97070 Würzburg

HALBLEIB ONLINE

Mehr Informationen finden Sie auf:
www.volkmar-halbleib.de

Folgen Sie mir auf Facebook, Instagram und Twitter!



Das Büro ist von Mo.-Fr. von 10 bis 16 Uhr besetzt.

Telefon: 0931-59384
Fax: 0931-53030
E-Mail: volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de

IMPRESSUM

Text und Redaktion:
Baris Yüksel, Guillermo Bretel
Layout: Baris Yüksel
Fotos: Bürgerbüro Halbleib, Thorsten Reppert, BayernSPD-Landtagsfraktion, Pixabay, freepik